

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

Nr.: 6/05

MBI -Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>



MEG – Mülheimer Ent- (und Selbstver-)sorgungsgesellschaft:

Ein Skandal: Vertrauensschutz für ex-OB-Baganz, der das MEG-Desaster anrichtete, und keiner für die Beschäftigten, die es ausbaden müssen!

Bei der Privatisierung des Müllbereichs mit der skandalumwitterten Firma Trienekens im Sommer 2000 wurde die Rückkehrgarantie der von der MEG übernommenen Beschäftigten des Eigenbetriebs Entsorgung bis 2010 immer wieder hervorgehoben.

Der Personalüberleitungstarifvertrag aus 2000 ist in diesem Punkt eindeutig, weshalb hier der Vertrauensschutz greift. Deshalb war die Ratsentscheidung dazu überflüssig, weil ein reiner „Gnadenakt“ für ein garantiertes Recht!

Stadtspitze und Vertreter von SPD und CDU aber wollen eine Rückkehrgarantie aber nicht anerkennen, da der vorliegende Fall der ca. 30 Entlassungen - vornehmlich wegen des Wegfalls des Geschäfts mit der Gelben Tonne - so im Vertrag nicht exakt definiert ist. Bis vor kurzem gingen aber alle davon aus, dass damals

übergeleitete Mitarbeiter bei jeder betriebsbedingten Entlassung incl. der Insolvenz ein Rückkehrrecht zur Stadt hätten.

Um die Frage des Vertrauensschutzes ging es später in der Ratsitzung am 28. April ebenfalls bei der Frage, ob ex-OB Baganz seine RWE-Aufsichtsratsgelder auch nachträglich abführen müsse, nachdem endgültig geklärt ist, dass ein/e OB alle Nebeneinkünfte bis auf 6000 Euro an die Stadt abzuführen hat. Dabei vertritt die Stadt nun die Position, dass für Baganz der Vertrauensschutz greife, weil er sich nach seinem überfallartigen Rücktritt Ende 2002 - der auch sehr viel mit der MEG zu tun hatte – auf die Rechtsauskunft seiner Rechtsamtsleiterin verlassen habe, auch wenn die Auskunft sich nun nachträglich als falsch erwiesen habe.

- ◆ Für die Beschäftigten des ehemaligen Eigenbetriebs Entsorgung, die zur MEG im festen Glauben wechselten, dass sie bis 2010 für jeden Fall der betriebsbedingten Kündigung ein Rückkehrrecht zur Stadt hätten, soll das im nun vorliegenden Ernstfall nicht mehr gelten.
- ◆ Für den ex-OB, der seinen Abgang grob fahrlässig selbst verschuldete und auch von sich aus „kündigte“, soll das damals schon gültige Recht deshalb nicht angewendet werden können, weil die von ihm eingesetzte Amtsleiterin ihm beim Abgang eine falsche Rechtsauskunft gab, womit heute sein nachträglicher „Vertrauensschutz“ begründet sein soll.



Eine derart willkürliche Auslegung des grundgesetzlich garantierten Vertrauensschutzes widerspricht sicherlich dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung, im vorliegenden Fall wird aber auch aufs Größte jedes Gerechtigkeits- sowie Anstandsgefühl verletzt!

Ganz unabhängig davon

- ◆ hatte ex-OB Baganz in 2002 Frau Döbbe zur Rechtsamtsleiterin gemacht, gegen den fast einstimmigen Beschluss der Politik,
- ◆ war der gleiche ex-OB Baganz in hohem Maße mitverantwortlich sowohl für die o.g. Überleitungsverträge, mehr aber noch für das Riesendesaster der MEG insgesamt,
- ◆ hatte bereits der Innenministererlass aus 2003 die Frage der Abführungspflicht von Aufsichtsratsgeldern recht eindeutig geklärt, was aber das Mülheimer Rechtsamt nicht realisieren wollte, so dass Frau Döbbe noch im Feb. 2005 – nun zu Gunsten von Frau OB Mühlenfeld – eine nachweislich falsche Expertise zur Frage der Aufsichtsratsgelder von OB's anfertigte!



WEITERER INHALT

- *Bebauungsplanorgien: "Schöner Wohnen auf Giftmüll?"*S.2
- *Pöstchenhuberei, Gebührenerhöhungen u.v.m.*S.2
- *Neues aus der Altstadt: "Daggi und Horst auf Glatteis?"*.....S.3
- *Hände weg vom Rumbachtal: "Eiertänze" um eine Wiese endlich beendet* S.3
- *Aufforderung an Bundespräsident Köhler, die Auflösung des Bundestages und Neuwahlen im September nicht zuzulassen*S.4

Man glaubt es kaum: Bei schrumpfender Bevölkerung immer neue Bebauungspläne ! Jüngstes Beispiel: Schöner Wohnen auf Giftmüll ?

Das ehemals gemeinnützige Wohnungsbaunternehmen Gagfah (im letzten Sommer für 2,1 Mio Euro an den US-Investor Fortress verkauft), will an der Scheffelstr. (ehemals Fa. Ruhrtaler) und in der Broicher Mitte nicht mehr bauen. Sie hätten sich vom Wohnungsverwaltungsunternehmen zum Wohnungshandelsunternehmen verändert, erzählt der Gagfah-Chef. Ob ein anderes Unternehmen nun in Broich-Mitte weiterbaut und ob im Dichterviertel doch noch wenigstens die Seniorenresidenz verwirklicht wird, bleibt ungewiss. Dort war ja bereits die Wohnbebauung für die jungen Familien, wie sie in 2000 in einem Bebauungsplan nur gegen die MBI-Stimmen beschlossen wurde, gescheitert (u.a. mangels Nachfrage). Danach wurde in 2003 - ohne B-Plan-Änderung! - der Gagfah eine sehr massive Planänderung mit der Errichtung von Seniorenresidenz für 97 Pflegeplätze und 97 weiteren Mietwohnungen zugestanden. Und nun? Hoffen und warten auf Godot?! Gleichzeitig soll auf der anderen Seite der Bruchstr. der Bebauungsplan Kuhlenstr./Kreuzstr. (die ehemalige sog. "Sonnen"siedlung mit Solaranlagen) für junge Familien, noch in diesem Jahr baureif gemacht werden, obwohl weite Teile der ehemaligen Ziegelei Rauen hochgradig verseucht sind. Im Planungsausschuss am 26. April wurde - einzig gegen die MBI-Stimme - der Auslegungsbeschluss dennoch gefasst. Wenige hundert Meter weiter gammeln an der Aktienstraße/ Kreuzung Mellinghofer Straße etliche, für Wohnungen gedachte Gebäude des Pleitier Zorn seit Jahren leer und unfertig vor sich hin.



Auf dem Ruhrtaler-Gelände Scheffelstraße hätte man im Übrigen besser Gewerbeansiedlung betreiben sollen. Das z.T. verseuchte, aber auch bewaldete Freigelände der „Sonnensiedlung“ zwischen Kuhlenstr., Elisabeth-Selbert-Str. und Winkhauser Weg sollte als Frischluftschneise erhalten bleiben und die Altlastenverdachtsflächen endlich abgesichert werden!

Bild vom hinteren Gelände des Bebauungsplans Kuhlen-/Kreuzstr.

Auch sonst nichts Neues aus Mülheim? Pöstchenhuberei und fehlender Wille zum Sparen und zur überfälligen Verwaltungsreform!

Die Neubesetzung des Amtsleiterpostens im Sozialamt ist eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern und eine vertane Chance.

Vor 2002 war der heutige Ordnungsamtsleiter der Leiter des Rechtsamts und die heutige Rechtsamtsleiterin Leiterin des Sozialamts. Die Zusammenlegung von Rechts- und Ordnungsamt wurde in 2001 von allen als sinnvoll angesehen und im zuständigen Hauptausschuss auch so beschlossen mit nur einer Gegenstimme des damaligen OB Dr. Baganz. Nach dem bedauerlichen Tod des Sozialamtsleiters könnte und sollte nun der Beschluss aus 2001 auch umgesetzt werden. So hätte die Stadt mindestens eine Amtsleiterstelle gespart, ohne jemandem weh zu tun

und ohne Qualitätsverlust oder irgendwelche erkennbaren Schwierigkeiten.

Die MBI hatten deshalb die Bezirksregierung Düsseldorf (RP) aufgefordert, die Angelegenheit im Rahmen seiner Finanzaufsicht zu prüfen und das Ausschreibungsverfahren für die vakante Sozialamtsleiterstelle anzuhalten. Nachdem der RP aber unverständlicherweise wieder alle Augen zudrückte, folgten dann SPD, CDU, FDP und Grüne der Verwaltung und stimmten für die Neubesetzung der Amtsleiterstelle. Mölm'sche Spar- und Personalpolitik: **Unten die Arbeit verdichten und oben die Pöstchen vermehren!?**

Dies und das

Mölm'sche Demokratie, nächster Versuch: Der undemokratisch zusammengesetzte Hauptausschuss sollte selbst den Rat der Stadt bevormunden und gängeln können. Doch die "Strategen" mussten die ungesetzliche Satzungsänderung nach MBI-Widerspruch wieder zurücknehmen!

MBI-Internetseiten feierten 5. Geburtstag: **4 Mio. Zugriffe** bisher, die letzte 1 Mio. in nur 7 Monaten, bei einem sensationellen Schnitt von über 36.000 Zugriffen pro Woche bisher in 2005!

Im November auf MBI-Antrag hin beschlossen: Bürgerversammlung zu **"Verkehrsberuhigung und Gestaltung für Klöttchen und Heißener Straße"**. Doch die Verwaltung funktionierte die Versammlung um und stellte Ruhrbania-Pläne vor. Lösungen bleiben also auf St. Nimmerlein vertagt!

An verschiedenen Straßen Mülheims werden z.Zeit die Kanäle saniert und erneuert - mit den zugehörigen Straßensperrungen und Umleitungen. Deshalb fordern die MBI die baldige Vorlage eines **Kanalbauprogramms, das mit Stadtplanern und Tiefbauamt so koordiniert wird**, dass es weder zu verkehrlichen Engpässen kommt, noch, dass die gleichen Straßen innerhalb weniger Jahre mehrfach gesperrt oder teil gesperrt werden.

Abzocken und Ausplündern der Verbraucher: Nun auch noch die Abwassergebühren **Nach Gas-, Strom, Nahverkehr- und Wasser nun auch noch Abwasser ab Juli bis zu 15 % teurer? MBI lehnen diese Gebührenerhöhung als ungerechtfertigt, unsozial und unökologisch ab! Privatisierungsbedingte Gebührenerhöhungen zur reinen Profitmaximierung sollten nicht hingenommen werden!**



Die Altstadt in den Mittelpunkt! Aber nicht nach Gutsherrenart!

Peinlich, peinlich: Wie Horst und Daggi sich gegenseitig aufs Glatteis führten und ausrutschten bei der Frage, wer bei wem Mitglied sein darf und muss!

Ex-SWB-/GSE-/und Müga-Chef van Emmerich und sein Kölner Gutachter Prof. Kister stellten kurz vor den Kommunalwahlen medien-trächtig ein weitreichendes Programm für die Altstadt vor: Von

Verlegung des Jobs-Brunnen, über die (vom Mülheimer L. Matthes „entliehenen“ Vorschläge) zur Platzgestaltung zwischen den Kirchen, über Abriss und Neubau etlicher Gebäude, Containerstandorte, Laternen und Pavillons an der Petrikirche, bis hin zu einer besseren Anbindung des Kirchenhügels an Leineweber- und Schlossstraße durch Aufwertung des Parkplatzes Bachstr./Kohlenkamp usw., usf.. All das wurde von der Oberbürgermeisterin und den Ruhrbania-Parteien in höchsten Tönen gelobt, sah es doch so aus, als würden die Ruhrbania-Pläne Alt- und Innenstadt doch nicht benachteiligen!

Auf der Bürgerversammlung im evangelischen Krankenhaus wurden aber die angedachten Pavillons an der Petri-Kirche von den meisten Bürgern deutlich abgelehnt! Noch deutlicher abgelehnt wurde der Stil van Emmerichs, der fragende oder kritisierende MitbürgerInnen von oben herab abkanzelte, ganz so als wäre es noch die "gute alte Zeit" mit absoluter SPD-Mehrheit und ihm als Macher mittendrin.

Am 29. April, dieses Mal kurz vor den Landtagswahlen, gründete van Emmerich, wiederum medien-trächtig, den "Verein zur Förderung der Mülheimer Altstadt". Das bringt die, ohne Beschluss im Vorgriff auf van Emmerichs Ideen, gefällte Linde am tristen Parkplatz Bachstr. nicht zurück und revidiert auch nicht den ebenso im Vorgriff ge-tätigten Kahlschlag vor der Petrikirche.

Im Einladungsflyer für die Gründungsversammlung (erstellt und gedruckt von der Stadtochter MST) stand, dass Stadt und MST bereits Mitglied des zu gründenden van Emmerich-Vereins seien - Mitgliedsbeitrag jeweils 150 Euro. Die MBI-Nachfrage, wer das bestimmt habe, führte dazu, dass die OB die voreilige und nicht beschlossene Mitgliedschaft noch schnell, einen Tag vor

der Vereinsgründung, im Rat beschließen lassen wollte. WAZ und Mülheimer Wochen veröffentlichten die deutliche MBI-Kritik dazu. So kam es, dass die OB kalte Füße bekam und ihren eigenen Antrag in der Ratsitzung ohne Begründung wieder zurückzog! Das aber erwähnten bei der Vereinsgründung weder van Emmerich, noch die OB. So wurde Dagmar Mühlenfeld als Person Mitglied, mehr nicht!

Die groß angekündigten Projekte des neuen und zusätzlichen Altstadtvereins sind dann zum Scheitern verurteilt, wenn im altbekannten van Emmerich-Schema vorgegangen wird, wie bei den Baumfällungen, nämlich ohne Beschlüsse und über den Köpfen der Bevölkerung und Betroffenen hinweg.

Wenn es konkret um die Altstadt geht, ist Blockade angesagt: Im Hauptausschuss am 9. Juni wurde der MBI-Antrag zur Integration des Kirchenhügels in den Weihnachtsmarkt von SPD und CDU von der Tagesordnung gestimmt.. Die vor vielen Monaten beantragten 4 Adventsmärkte am Kirchenhügel wurden bis heute nicht genehmigt, weil ja noch erst geklärt werden muss, wie der Weihnachtsmarkt wo sein soll! Man packt sich an den Kopf und fragt sich, auf welchem Stern in Mülheimer Politik und Verwaltung eigentlich leben?! Zum Antrag auf Verkehrsberuhigung und Anwohnerparken in der Altstadt wurde nur eine Bürgerversammlung irgendwann beschlossen, der Rest abgelehnt! Peinlich hoch drei!

MBI beglückwünschen die Bürgerinitiative „Rumbachtal“ zum Erfolg! MBI-Akteneinsicht bestätigt: Schadensersatzansprüche gibt es nicht! Hände weg vom Rumbachtal!

Im Umweltausschuss im April waren CDU und FDP deutlich überstimmt worden, woraufhin sich ex-CDU-Fraktionschef Brands zu der kühnen Behauptung verstieg, dies käme einer Enteignung gleich. Peinlich, peinlich ... Im folgenden Rat am 28. April versuchte die CDU mit allen Mitteln zu verhindern, dass endgültig abgestimmt werde über die Aufhebung des Landschaftsschutzes für die zur Durchlüftung der Innenstadt wichtigen Wiese Im Look/Rumbachtal. Also meldete die CDU wieder Beratungsbedarf an. Wor-über und wozu eigentlich? Die SPD stimmte der Verschiebung zu, angeblich aus parlamentarischem Brauchtum, dass nämlich bei Beratungsbedarf (was übrigens bei Beratungsbedarf der MBI noch nie interessierte und auch nicht, als die CDU zum allerersten Ruhrbania-Beschluss Beratungsbedarf angemeldet hatte!).

Nach der herben Wahlschlappe wagte die SPD zum Glück nicht mehr, in der nächsten Sitzung wieder umzufallen Der Schaden für das Stadtklima wäre im doppelten Sinne groß gewesen!

Einstimmig hatte der Rat Akteneinsicht für den MBI-Sprecher L. Reinhard in die Grundstückstauschverträge beschlossen zur Frage von Entschädigungsansprüchen, wie sie die CDU in den Raum gestellt hatte. **Die Akteneinsicht zeigte: Im Notarvertrag zum Grundstückstausch für den Bau des Wanderwegs im Rumbachtal sind mündliche Nebenabsprachen ausgeschlossen, Schadensersatzansprüche logischerweise nicht herzuleiten.**

Ein schöner Erfolg der Bürgerinitiative, die nicht beirren ließen und der Allgemeinheit die Wiese retteten!



Die Eiertänze um diese wichtige Wiese sind zum Glück vorbei!

Dringende Aufforderung an Bundespräsident Köhler, die Auflösung des Bundestages und vorgezogene Neuwahlen im September nicht zuzulassen

Hiermit möchten wir unsere tiefe Besorgnis zur möglicherweise bevorstehenden Neuwahl des Bundestages zum Ausdruck bringen und Sie dringend bitten, den Absichten des Bundeskanzlers entgegenzutreten.

Wir sind eine Wählergemeinschaft in Mülheim a. d. Ruhr, die bei den letzten Kommunalwahlen mit 10,3 % der Stimmen zum zweiten Mal in den Rat der Stadt gewählt wurden. Unser besonderes Anliegen ist die Durchsetzung von Transparenz, Demokratie und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit auch auf kommunaler Ebene.

Besonders wir im krisengeschüttelten Ruhrgebiet brauchen alles, nur keinen erneuten Wahlkampf und damit weitere Monate von Versprechungen und Vertröstungen, während die Probleme sich weiter auftürmen!



Die Absicht des Bundeskanzlers, auf das Ergebnis der Landtagswahl in NRW mit der Auflösung und Neuwahl des Bundestages zu reagieren, stößt nicht nur bei uns auf völliges Unverständnis. Die Kontrollfunktion des Bundesrates, insbesondere mit anderer Mehrheit als im Bundestag, ist ein wichtiger Bestandteil der Verfassung und vom Wähler zur Zeit auch so gewollt. Dass die SPD im Bundesrat keine Mehrheit hat, war auch schon vor der Landtagswahl in NRW so und ist damit kein erkennbarer Grund, den Bundestag jetzt vorzeitig aufzulösen.

Zum anderen, selbst wenn Herr Schröder so nicht weiterregieren möchte, ist auch dies kein Grund für Neuwahlen, sondern allenfalls für einen Rücktritt des Kanzlers und ggfs. die Aufkündigung der Koalition, worauf dann eine neue Regierungsmehrheit im bestehenden Bundestag gefunden werden müsste. Ebenso wäre eine neue rot-grüne Regierung mit einem anderen Kanzler denkbar und selbst eine Minderheitsregierung für das verbliebene Jahr bis zu den regulären Wahlen wäre möglich. Funktionierende Beispiele für diese Möglichkeiten etwa aus den demokratischen Nachbarländern in Europa gibt es etliche und auch der Wechsel in den sechziger Jahren zur großen Koalition Kiesinger/Brandt oder der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt bei gleich bleibender Regierungskoalition waren keine Katastrophen für unser Land.

Die verschiedenen Möglichkeiten zur Beilegung einer Kanzler- bzw. Regierungskrise müssen ernsthaft und vorrangig angegangen werden, bevor das Parlament aufgelöst werden kann und sollte. Auch deshalb wurde in unserem Grundgesetz die Möglichkeit der vorzeitigen

Parlamentsauflösung sehr restriktiv gefasst. Die schlechten Erfahrungen aus der Weimarer Republik seien zudem warnendes Beispiel.

Vollends verfehlt ist die Art und Weise, wie Bundeskanzler Schröder sein Vorhaben angeht. Nur weil ein Wahlergebnis nicht gefällt, wird sogar über Verfassungsänderung geredet. Für den Normalbürger kann das nur wie „Tricks“ am Rande der Legalität aussehen.

Wir sehen die große Gefahr, und werden darin auch ständig im Gespräch mit vielen Bürgern bestätigt, dass das Ansehen von Demokratie, Politik und Politikern durch Herrn Schröders Vorgehen weiter beschädigt wird.

Ein Hau-Ruck-Wahlkampf in den drei Monaten (auch noch der Sommerferien!), ohne dass sich die Parteien entsprechend vorbereiten können mit sorgfältig überarbeiteten Programmen und durch die jeweilige Parteibasis ausreichend demokratisch legitimierte Kandidat/innen, wird Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung weiter fördern, schlimmstenfalls werden die falschen Kräfte davon profitieren. Jeden Tag liest man von neuen (meist altbekannten) Kandidaturen für den nächsten Bundestag, ohne dass in der jeweiligen Partei darüber hätte gesprochen werden können. Die wichtige innerparteiliche Diskussion und besonnene demokratische Abwägung bei der Kandidatenkür kann und wird nicht gegeben sein. Auch das kann unserer Demokratie nur abträglich sein.

Wohin der leichtfertige Umgang mit Neuwahlen führt, ist zur Genüge aus der Geschichte bekannt und deshalb in unserer Verfassung auch bewusst erschwert worden. Ein absoluter Notfall für unser Land ist durch die NRW-Wahl nicht entstanden, im Gegenteil: der Ausgang war alles andere als überraschend, und zwar seit Jahren.

Aus all den Gründen heraus bitten wir Sie daher eindringlich, dem unbedachten Vorgehen des Bundeskanzlers Einhalt zu gebieten und einer vorzeitigen Auflösung des Bundestages nicht zuzustimmen.

Der einzig korrekte Weg bleibt eben der Kanzler-Rücktritt bzw. das Stellen der Vertrauensfrage mit anschließender evtl. Neubildung der Regierung, jedoch ohne Neuwahlen.